

## **Protokolleintrag vom 23.05.2012**

**2012/213**

**Postulat von Alecs Recher (AL) und 3 Mitunterzeichnenden vom 23.05.2012:**

**Schaffung einer durchgängig sicheren Verbindung für Radfahrende auf der Forchstrasse zwischen Rehalp/Stadtgrenze und Stadelhofen**

Von Alecs Recher (AL) und 3 Mitunterzeichnenden ist am 23. Mai 2012 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten, die Realisierung von Massnahmen zu prüfen, um für Radfahrende eine durchgängig sichere Verbindung auf der Forchstrasse zwischen der Rehalp/Stadtgrenze und dem Stadelhofen zu erreichen, ohne den Raum der FussgängerInnen zu schmälern.

Begründung:

Auf der Strecke zwischen der Stadtgrenze zu Zollikerberg und dem Stadelhofen finden sich stückchenweise Radstreifen und -wege. Doch ein grosser Teil dieser Strecke ist nicht auf Velofahrende eingerichtet. Der Strassenraum, den sich MIV und Velo teilen müssen, ist eng. Dies ist insbesondere abwärts gefährlich für RadfahrerInnen, denn sie sind zwar mit Tempo unterwegs, gleichzeitig werden sie aber auch eingeengt am Strassenrand.

Im Rahmen der Sanierung der Forchstrasse wird stadteinwärts ein kleines Stück Veloweg neu ermöglicht. Damit wird das Problem aber bei weitem nicht beseitigt. Es bräuchte eine Gesamtbetrachtung und Problemlösung entlang der gesamten Einfallsachse. Die notwendigen Sanierungen an der Forchstrasse (Weisung 2012/59) sollen nicht behindert werden, doch sollen diese auch nicht die Umsetzung einer sichereren Lösung als heute für VelofahrerInnen erschweren. Es braucht daher heute eine vertiefte Prüfung des Anliegens.

Die Stadt hat einen klaren Auftrag aus den Volksabstimmungen zur 2000-Watt-Gesellschaft und der Städteinitiative, den Veloverkehr zu fördern. Dazu braucht es insbesondere sichere Verbindungen. Die Forchstrasse ist eine wichtige Einfallsachse, zu der es keine Alternative gibt. Entsprechend wichtig ist es, den Radfahrenden möglichst sicheres vorwärtskommen zu ermöglichen. Mittels welcher Massnahmen dieses Ziel erreicht werden soll, soll absichtlich nicht vorgegeben werden. Der Stadtrat soll vielmehr zielverpflichtet die realistischen Massnahmen umsetzen.

Mitteilung an den Stadtrat